

Blühende Landschaft

Das Mauerwerk der Nordseepassage: Kalkablagerungen und -ausblühungen wechseln sich mit großflächigen dunklen Wasserflecken ab - Seite 2 -



Der Mai...

Leserbriefe gibt es diesmal auf der Seite 2. Es geht um die geplante Schließung der Grundschule Coldewei.

Auf Seite 3 stellen wir noch einmal den Vorschlag des Historischen Arbeitskreises für das Küstenmuseum vor.

Der Scoping-Termin für den JadeWeserPort findet auf den Seiten 4 und 5 seinen Niederschlag. Lief da wirklich alles so, wie wir es der Tagespresse entnehmen konnten?

So langsam kommt das Förderprogramm für die Westliche Südstadt in Gang. Das meint zumindest der zuständige Quartiersmanager Thorsten Stahlhut - unser Gespräch mit ihm finden Sie auf der Seite 6.

Die Schlagzeile auf Seite 8 "*Revolution ist schön*" lässt viel vermuten - es geht aber ganz sachlich um die Arbeit des neugewählten Jugendparlaments.

Im letzten Gegenwind schrieben wir, dass der neue Otto-Katalog da sei. Auf Seite 9 können Sie nachlesen, was darin angeboten wird.

Um des Deutschen angeblich liebstes Kind geht es auf Seite 10: *Wat is ne Verein?*

Die Wilhelmshavener Aids-Hilfe ist umgezogen. Auf Seite 11 schauen wir uns in den neuen Räumlichkeiten ein wenig um.

Wie kommt es, dass Erich Maaß immer wieder als CDU-Bundestagskandidat aufgestellt wird? Grundlagenforschung auf Seite 12.

Leserbriefe

Zur geplanten Schließung der Grundschule Coldewei

Kinder - Hoffnung für die Zukunft

Von der geplanten Schließung unserer kleinen Schule haben die Eltern am 09.03.02 aus der WZ erfahren. Auf unsere Initiative haben daraufhin einige Gespräche mit Politikern und Mitgliedern der Verwaltung unserer Stadt stattgefunden, mit den Mitgliedern der Mehrheitsfraktion der SPD und Grünen allerdings erst am 25.04.02!

Problematisch ist dabei, dass die Schließung der Schule für Verwaltung und Mehrheitsfraktion bereits beschlossene Sache ist; uns werden Angebote für die Zeit nach der Schließung gemacht, aber auf die Argumente zur Erhaltung wird nicht eingegangen. Bis zum Ratsbeschluss am 22.05.02 wollen wir jedoch mit guten Argumenten für die Grundschule Coldewei kämpfen:

1. die Kinder werden hervorragend betreut und zeigen sehr gute Leistungen - auch an weiterführenden Schulen
 2. zwischen den unterschiedlichen Klassen besteht ein herzliches Verhältnis und gutes Sozialverhalten
 3. die Schule belebt die Stadtteile Coldewei, Himmelreich und Klein Ramina und könnte auch außerhalb der Schulzeiten für Stadtteilaktivitäten zur Verfügung stehen.
- Der relativ kurze und vor allem sichere Schulweg ist für Eltern und Kinder wichtig, soll aber in der Argumentation nicht im Vordergrund stehen.

Die sinkenden Schülerzahlen streiten wir nicht ab, aber die Altersstruktur der Stadtviertel ändert sich, junge Familien erben oder kaufen die alten Häuser, für das nahegelegene neue Baugebiet an der Salza-/Plauenstraße stellt die Stadtverwaltung jeweils 4 Kinder für die Grundschuljahrgänge in Aussicht - das sind Kinder, die zu den von der städtischen Statistik prognostizierten durchschnittlich 14 Kindern der nächsten 5 Jahre hinzukommen (im Schuljahr 2004/05 sollen es sogar 23 Schulanfänger in Coldewei sein)!

Die viel diskutierte PISA-Studie fordert besonders intensives Lernen in der Grundschulzeit, an dieser Schule kann es geleistet werden.

Entscheidungen sollen nicht totdiskutiert werden, aber die Politiker müssen den Betroffenen ein Forum für ihre Argumente geben und sich einer Diskussion rechtzeitig stellen.

Im Interesse unserer Kinder appellieren wir an die Politiker, die kleinen Schüler nicht als Zahlenmaterial, sondern als unsere Hoffnung und unsere Zukunft anzusehen!

Mit freundlichen Grüßen

Iris Wilters, Klinkerstraße 59

Grundschule Coldewei vor der Schließung

Seit etwa einem Monat ist es nun bekannt, die Schule Coldewei soll geschlossen werden. Der Beschluss soll am 22.05.2002 im Rat getroffen werden.

Verfolgt man die Diskussionen um diese Schließung, stellt man fest: Die Stadtverwaltung argumentiert nur mit den Nachteilen der Grundschule Coldewei, die Vorteile werden in keiner Weise in die Überlegungen aufgenommen. Vor Ort kämpfen die Coldewei an zwei Fronten. Sie wollen ihre Schule erhalten und suchen nach Möglichkeiten. Auf der anderen Seite sehen sie sich gezwungen, schon auf den Tag der Schließung hinzuwirken, um in diesem Fall eine möglichst vertretbare Verteilung ihrer Kinder einzufordern.

Viel zu spät könnte jetzt über Möglichkeiten zum Erhalt der Schule diskutiert werden. Zu einer derartigen Diskussion gehört jedoch eine Verwaltung, welche sich bewegen will. Der unnötige Zeitdruck wird wieder einmal dazu führen, dass die Entscheidung nicht in Ruhe und mit einer vernünftigen Beteiligung der betroffenen Bürger getroffen wird. Die Verwaltung versucht mühsam den Eindruck zu erwecken, auf die Wünsche der Eltern einzugehen, hält jedoch lediglich die gesetzlichen Vorschriften ein und versucht, den aufgebracht Eltern diese als Angebot zu verkaufen, und beteuert immer wieder, dass diese Maßnahme keine finanziellen Hintergründe hat. Jedoch ohne Erfolg.

Sicherlich kann man die geringen Schülerzahlen im Jahr 2002 nicht wegdiskutieren, sollte aber auch die Vorteile im Auge behalten. In Wilhelmshaven leben viele teilleistungsgestörte Kinder. Für diese Kinder würde sich die Schule Coldewei geradezu anbieten. Seit längerem liegt ein solcher Vorschlag, welcher als betreutes Projekt zudem noch erhebliche Kosten einsparen könnte, in der Verwaltung vor, fand jedoch bisher keine Beachtung.

Im Vordergrund scheint der Wille zur Schließung einer Schule zu stehen. Ohne den Willen, Erhaltungsmöglichkeiten aufzunehmen, werden die Tage der Schule Coldewei gezählt sein.

Im Zuge dieser Diskussion sollten die Verantwortlichen in Wilhelmshaven einmal darüber nachdenken, warum so wenige junge Familien mit Kindern in Wilhelmshaven bleiben. Bleibt es in Wilhelmshaven bei der familienunfreundlichen Einstellung (Schließung von Schulen, zu hohe Grundstückspreise), wird sich dieser Trend weiter fortsetzen. Das Ergebnis werden weitere Schließungen von Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen sein.

Gespannt wartet die WALLI auf die Entscheidung des Schulausschusses am 02.05. und den Ratsentscheid am 22.05.02 über die Schließung der Grundschule Coldewei.

Joachim Tjaden, Ratsherr und Vorstand der Wilhelmshavener Alternativen Liste



Zum Titelbild

Blühende Landschaften hatte Kanzler Kohl für das Gebiet der ehemaligen DDR prophezeit. Die Versprechungen, die mit der Ansiedlung der Nordseepassage einhergingen, sind mit dieser Prophezeiung durchaus zu vergleichen. Zwar erblühte die Nordseepassage zu einem Ziel der WilhelmshavenerInnen, die endlich trockenen Fußes und ohne zerwehte Lockenpracht einkaufen konnten, gleichzeitig starb in Bereichen der Markt- und Gökerstraße so manches Pflänzchen - wir berichteten des öfteren darüber.

Doch erst jetzt, 5 Jahre nach ihrer Eröffnung, erblüht die Passage so richtig. Das Mauerwerk des eher an eine Schiffbauhalle der Papenburger Meyer-Werft als an ein innerstädtisches Zentrum erinnernden Konsumtempels erblüht an allen Ecken und Kanten. Man findet dort alle möglichen Ausblühungen, Ablagerungen, Kalkfahnen und was es sonst noch so alles in diesem Bereich gibt. Große Flächen des Mauerwerks haben sich anscheinend mit Wasser vollgesogen und heben sich dadurch farblich von den anderen Steinen ab - kurz: Das Gebäude sieht echt Sch... aus!

Lässt dieser äußerliche Zustand auch Rückschlüsse auf die Innereien zu? Wir denken schon. Die Leerstände lassen sich kaum noch durch überdimensionierte Ausstellungsflächen anderer Läden kaschieren. Und was ist eigentlich mit Bric & Brac los? Vor zwei Ausgaben berichteten wir fälschlicherweise, dass der Laden dicht ist. In der letzten Ausgabe berichtigten wir das und entschuldigten uns für unser Versehen. Und was ist jetzt? *"Nachdem die Firmen Seemann und Spinnrad ihre Läden in der Nordseepassage aufgegeben haben, steht fest, dass auch die Firma Bric & Brac das Einkaufszentrum verlässt"*, so war es in der Wilhelmshavener Zeitung vom 12. April zu lesen. Doch die neue Center-Managerin kann sogar den Leerständen noch etwas Positives abringen: *"Die jetzigen Veränderungen seien aus kaufmännischer Sicht seit zwei Jahren überfällig"*, ließ sie über die WZ verbreiten. Dann ist ja alles in Butter. (hk)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
 Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 04421 / 99 49 91
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de
 Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
 Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak,
 Thomas Sobel, Frank Turnat, Imke Zwoch;
 Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
 Der GEGENWIND erscheint jeweils zum
 Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 30.04.2002

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Weitermachen!

Historischer Arbeitskreis präsentiert neues Kernstück des Küstenmuseums

(iz) Weitgehend unbeeindruckt von der boshaften Kritik missgünstiger Beobachter und auch durch die WPG-Querelen nicht gebremst, bastelt der Historische Arbeitskreis des DGB seit über einem Jahr an der Umsetzung seines Konzepts für das neue Küstenmuseum in der Jahnhalle. Ende März stellten die Fleißarbeiter ein wesentliches Exponat der Öffentlichkeit vor. Ohne Zustimmung der hauptamtlich Verantwortlichen können sie es jedoch nicht in der Jahnhalle präsentieren.

Das Konzept des Arbeitskreises ist ein integratives, das Zeitabschnitte, Raum und Mensch nicht isoliert voneinander darstellt. Die sieben "Schaltkreise" (so Hartmut Büsing vom Arbeitskreis) für das Museum machen das recht anschaulich:

Mensch - Natur - Technik - Region

Vom Einbaum zum Containerfrachter.

Von der Wurt zum Deich.

Von der Rune zum Computer.

Vom Schwert zur Fregatte.

Von der Kate zur Wohnstadt West.

Vom Thing zum Stadtrat.

Vom Webstuhl zur computergesteuerten Wirkmaschine.

Im Mittelpunkt stehen die Menschen: *"Um also überleben zu können, brauchten sie Kleidung, eine Behausung, Waffen, schwimmfähige Transportmittel, neben der Sprache ein weiteres Kommunikationsmittel, einen Schutz gegen das Wasser, und eine Volksvertretung, in der alle das Volk betreffende Dinge beraten und wichtige Entscheidungen getroffen werden konnten."* (Auszug aus dem Konzept).

Was besonders beeindruckend und zukunftsweisend ist: *"Der Einstieg allerdings - so unsere Vorstellung - müsste ein Kinderprojekt sein ... Unsere Motivation ist folgende: Kinder sind bei einem Museumsbesuch stets benachteiligt. Sie müssen leise sein, dürfen nichts anfassen, für sie ist das Ausgestellte eher unverständlich. Keiner erklärt ihnen - in verständlicher Weise - Zusammenhänge und Bedeutung der Exponate und Dokumente. Wir möchten Geschichte 'kindergerecht' darstellen. Nicht ausschließlich, aber auch für Kinder verständlich und nachvollziehbar."*

Und so soll das Kernstück der Ausstellung ein Bassin sein, in und an dem Kinder "spielend" die Geschichte unserer Stadt nachvollziehen können. Dort können sie mit Modellbooten innerhalb des nachgestellten Hafenbeckens fahren, ein Dock betätigen, Sieltore öffnen und schließen, Schleusenvorgänge in der Schleusenkommer simulieren, selbst Boote basteln - *"kurzum ihrer Phanta-*

sie und Kreativität freien Lauf lassen." Die Phase der papiernen Konzepte hat der Arbeitskreis bereits weit überschritten. Anhand eines von Maschinenbauingenieur Rudolf Hoier und Metallbauer E. E. Neumann liebevoll und detailgetreu konstruierten Modells lässt sich die flexible Funktion des Bassins nachvollziehen. Vier Elemente aus Aluminium mit einer Gesamtfläche von 18 m² ruhen auf Böcken mit verstellbaren Füßen (passend zur Kindergröße). Der kindersichere 30-cm-Wasserpegel kann über einen darunter liegenden Behälter abgelassen werden - zur Reinigung und um Ebbe und Flut zu simulieren. Durch den Sektionsbau lässt sich alles darstellen, was mit Wasser zu tun hat - z. B. die Gezeiten, die Funktion von Schleusen oder die Entwässerungsproblematik.

Für den Bau des Originalbassins (in ehrenamtlicher Eigenleistung) setzte der Arbeitskreis Materialkosten von ca. 3.000 Euro und eine Bauzeit von einem Monat an.

Wer gibt den Startschuss?

Nachdem der Historische Arbeitskreis im Februar 2001 sein Konzept der Presse vorgestellt hatte, erhielt er von Ratsfraktion und Kreisverband der Grünen (stellvertretend für die Führungsspitze in Rat und Verwaltung?) harte Kritik (s. GEGENWIND Nr. 166, "Jeder gegen Jeden").

Aus der Presseerklärung bzw. -berichten: *"Scheinheiligkeit in großem Maße"* ... Ein Museum moderner Konzeption könne nicht nur *"die Belange und Bedürfnisse einiger Wilhelmshavener Gewerkschaftsführer widerspiegeln"*. Zur Zeit würde *"emsig und mit aller Kraft an einer akzeptablen Zwischenlösung gearbeitet"*. Die Forderung des DGB *"ein lebendiges, neues Küstenmuseum - sofort"* sei nicht haltbar. Die Konstruktion eines modernen Museums brauche einfach mehr Zeit.

Wie lange noch? Seitdem ist über ein Jahr ins Land gegangen, emsig war die WPG allein darin, sich selbst zu disqualifizieren. Gegangen ist frustriert nach nur 6 Wochen Dienstzeit auch die hochkarätige Museumsleiterin Beate Bollmann (s. GEGENWIND Nr. 178, "Vergrault"). Sie hatte zu allen am Mu-



NATURATA

Das
Fachgeschäft
für Naturkost
und
Naturwaren

Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

seum interessierten Gruppierungen Kontakt aufgenommen und war vom DGB-Konzept, das ihren eigenen Vorstellungen vom "Museum zum Anfassen" entsprach, so angetan, dass sie es gern aufgriff.

Es drängt sich der Gedanke auf, dass Frau Bollmanns positive Verbindungen zu dem von maßgeblichen Stellen in Rat und Verwaltung ungeliebten DGB-Arbeitskreis dazu führten, dass ihr von jenen Stellen dicke Steine in den Weg geworfen wurden, die zu ihrer Flucht führten. Diese Assoziation wurde von den Gewerkschaftern nicht bestätigt, aber auch nicht dementiert.

Zeichen und Wunder

So stand jetzt zu befürchten, dass der Arbeitskreis seine Konzepte und Modelle für die Schublade produziert hat, denn ohne offizielle Zustimmung kann er sein Bassin und weitere Exponate schwerlich in der Jahnhalle aufstellen. Doch zwischenzeitlich hat Hartmut Büsing von der Interims-Geschäftsführerin der WPG, Verena Powollik, grünes Licht erhalten. Das ist insofern etwas überraschend, als in öffentlichen Darstellungen namentlich Frau Powollik bzw. deren Verhalten zu einem großen Teil Bollmanns Weggang verursacht haben soll. Derlei Spekulationen mal beiseite gestellt: Mit dieser Entscheidung zu Gunsten des Historischen Arbeitskreises hat Frau Powollik Mut gezeigt und - wie heißt es in Wilhelmshaven? - Zeichen gesetzt. Und der Arbeitskreis hat losgelegt, in einer geeigneten Halle das Bassin für erlebte Kultur und Geschichte zu bauen. □

Zu kurz gedacht?

Ergebnisse des Scoping-Termins für den JadeWeserPort

(iz) Etwa 150 Vertreter von 90 Institutionen diskutierten am 16. April fast acht Stunden lang im Gorch-Fock-Haus den Untersuchungsrahmen für die Umweltverträglichkeitsstudie zum geplanten Tiefwasserhafen östlich des Voslapper Grodens. In konstruktiver Atmosphäre wurde erörtert, ob die Planer ihre bisherigen Aufgaben ordentlich erledigt haben.

Eingeladen hatte die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest (WSD/Aurich) als zuständige Behörde für das folgende Planfeststellungsverfahren. Zweite Planfeststellungsbehörde ist das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld, da auf einer Fläche von über 10 Hektar eine Tiefensandentnahme vorgesehen ist. Träger der Planung ist das Land Niedersachsen, das die damit verbundenen Aufgaben an die JadeWeserPort-Entwicklungsgesellschaft (JWP-EG) delegiert hat. Die JWP-EG wird auch Antragsteller für die Planfeststellung sein.

Moderiert wurde die Diskussion von Frank Hellenbrecht (WSD). Auf dem Podium saßen weitere Vertreter der WSD sowie des Bergamtes, der JWP-EG und der von dieser beauftragten Unternehmensberatung und der beteiligten Planungsinstitute. Claus Wülfers, Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft, wirkte etwas blass und überfordert, während sein Prokurist Berend Snippe Optimismus versprühte. Auch Unternehmensberater Bechtle sprang häufig routiniert als Co-Moderator für die Behördenvertreter in die Bresche.

Veranstalter: Zufrieden

In einem Pressegespräch freuten sich Hellenbrecht, Snippe und Carmen Schwabl (Bergamt) über die ruhige, sachliche Atmosphäre der Diskussion. Sie bedankten sich bei den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) und zeigten sich beeindruckt von deren Kompetenz.

Teilnehmer: Weniger zufrieden

Die Stimmung wurde auch von eingeladenen Verbänden und Institutionen als posi-

tiv empfunden. In dieser förmlichen Zusammenkunft unterblieben polemische Anfeindungen seitens der Hafenbefürworter, wie sie Kritiker des Großprojekts in anderen Veranstaltungen ertragen mussten. Hier wurden die Kritiker ernst genommen. Inhaltlich äußerten sie zahlreiche Anregungen und Bedenken, die wir aus Platzgründen nicht vollständig wiedergeben können. Das ausführliche Ergebnisprotokoll geht allen Teilnehmern zu und wird dann voraussichtlich im Internet nachzulesen sein.

Salamitaktik?

Ein wesentlicher Kritikpunkt zog sich durch die gesamte Diskussion: Die Untersuchung beschränkt sich auf den ersten Bauabschnitt zwischen Geniusbank und Raffinerieanlage. Formal - nach Verwaltungsverfahrenrecht, auf das sich die Veranstalter immer wieder beriefen - ist das stimmig, denn aktuell soll nur für diesen Abschnitt die Planfeststellung beantragt und die Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt werden. Jedoch: *„Die Erweiterbarkeit des Containerhafens über die 1. Ausbaustufe hinaus war ausschlaggebender Punkt bei der Entscheidung (der Länder Niedersachsen, Hamburg und Bremen - red) für den Standort Wilhelmshaven. Diese Erweiterbarkeit findet sich in den Planungsunterlagen nicht wieder. Die maximale Hafenlinie von ca. 10 km Länge wird vom Hooksier Hafen im Norden und von der 4. Einfahrt im Süden begrenzt. Im vorliegenden Dokument wird ausschließlich ein Hafen mit einer 1700 m langen Kajenlänge betrachtet“*, so die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort in

ihrer Stellungnahme. Fazit: *„Der vorgestellte Hafenentwurf widerspricht der gemeinsamen Erklärung der deutschen Länderchefs.“* Gravierender als dieser Vertragsverstoß sind jedoch die Auswirkungen auf die Umweltverträglichkeitsstudie. Die Umweltauswirkungen werden jetzt nur für den ersten Bauabschnitt bewertet und mögen für manche Schutzgüter und -bereiche noch nicht erheblich sein. Mit jedem weiteren Bauabschnitt summieren sich jedoch die Eingriffe zu einer Gesamt-Beeinträchtigung, die bei dieser scheibchenweisen Bewertung nicht absehbar ist.

Raumordnungsverfahren oder nicht?

Des weiteren forderten nicht nur Vertreter der Umweltverbände ein Raumordnungsverfahren (ROV), das dem Planfeststellungsverfahren (PFV) vorausgehen müsste. Die Planer möchten die Raumverträglichkeit lieber im PFV abarbeiten, um den Zeitraum bis zur Realisierung abzukürzen. Kritiker mutmaßten, dass die Planung auch deshalb in verschiedene Scheibchen zerhackt wird, die jeweils nur einen Teil der Region betreffen. Erst das

Was ist „Scoping“?

Der Bau eines Containerhafens bedarf einer verwaltungsbehördlichen Zulassung (Planfeststellungsverfahren) und muss deshalb nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) einer solchen Prüfung unterzogen werden. Der Vorhabensträger muss der Genehmigungsbehörde dazu Unterlagen beibringen, die den Untersuchungsrahmen festlegen. Wenn der Vorhabensträger die Genehmigungsbehörde darum ersucht oder diese es für erforderlich hält, unterrichtet die Behörde den Träger frühzeitig über den voraussichtlichen Inhalt und Umfang dieser Unterlagen.

Das Scoping (scope = Bereich, sinngemäß: Eingrenzung) ist ein Erörterungstermin, bei dem Vorhabensträger und Behörden den Gegenstand, Umfang und Methoden der UVP besprechen und dazu auch Sachverständige und Dritte einbeziehen können, wie hier andere Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB).

Eine Entscheidung über den voraussichtlichen Untersuchungsumfang der UVP erfolgt nicht im Scoping-Termin selbst. Die Erörterung hat sich auf Umweltauswirkungen und den dadurch bedingten Untersuchungsrahmen zu beschränken; sie dient weder der vorzeitigen Behandlung der Einwendungen Betroffener noch der Abklärung der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens.

Der Scoping-Termin besitzt im Unterschied zum Anhörungs- bzw. Planfeststellungsverfahren keine rechtsschutzgewährende bzw. -währende Funktion, sondern dient allein der umfassenden Information der Behörden. Nach Abschluss dieser Sondierung kann der Antragsteller einer Anlagenerlaubnis verlässliche Aussagen darüber treffen, welche Bedeutung und Schwierigkeitsgrad seinem Vorhaben beigemessen wird.

Die TÖB, z. B. Naturschutzverbände, leisten insofern im Scoping dem Vorhabensträger bzw. der Genehmigungsbehörde Hilfestellung. Für die TÖB ist das Scoping jedoch hinsichtlich Inhalten oder Fristen nicht rechtsverbindlich, d. h. sie können im späteren Planfeststellungsverfahren ihre Einwendungen auch hinsichtlich des Untersuchungsrahmens erweitern.

KULTUR - KOMMUNIKATION




WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

* Pop in den Mai *

30. April
SUGAREEN
Brit-Pop meets Blondie !?

Freitag, 3. Mai
GLOOMY FRIDAY
EBM - 80's - DarkWave - event

- KONZERT DES MONATS -

Donnerstag, 9. Mai
BOXHAMSTERS
+ YOUTH ACADEMY

- KONZERT DES MONATS -

Freitag, 24. Mai
smartest master of Pop !
monkeeman





+ BRUNCH

KLING KLING e-mail-News
Kurze eMail an: KLINGKLINGINFO@AOL.COM
...und DU bist dabei !

www.kling-klang-online.de

Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort: Scopingunterlagen mit heißer Nadel gestrickt

Die Bürgerinitiative bedauert, dass aufgrund der vorgelegten Unterlagen eine konstruktive Mitarbeit am Scopingtermin zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Es macht keinen Sinn, auf der Basis von veralteten, fehlerhaften und unvollständigen Unterlagen in eine inhaltliche Erörterung einzutreten.

Die BI geht davon aus, dass erst zum gesetzlich vorgeschriebenen "Öffentlichen Erörterungstermin", vor dem Planfeststellungsverfahren, alle relevanten Unterlagen vorliegen werden.

Sie ist aber auch enttäuscht, dass nicht allen direkt Betroffenen die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Bedenken vorzutragen.

Vor dem Hintergrund der Vereinbarung der Regierungschefs der Länder Hamburg, Bremen und Niedersachsen stellt sich sowieso die Frage, was soll ein neuer Containerhafen, wenn durch die geplante Elb- und Weservertiefung auch größere Containerschiffe der Zukunft ökonomisch ausgelastet Hamburg und Bremen anlaufen können.

Der vollständige Text unserer Einwendungen ist im Internet unter www.antiport.de einzusehen.

Gesamtprojekt wirkt sich auf mehrere Landkreise zwischen Wittmund und Cuxhaven aus, was für ein Raumordnungsverfahren spräche.

Leidvolle Erfahrungen

Vertreter aus angrenzenden Landkreisen, wie der Butjadinger Bürgermeister Rolf Blumenberg, berichteten von "leidvollen Erfahrungen", wenn nicht die Summe der Umweltauswirkungen eines Projektes von vornherein berücksichtigt wird: An der Küste der Wesermarsch verschlicken die Häfen, weil verschiedene Eingriffe in die Strömungsverhältnisse des Weserästuars nicht umfassend bewertet wurden. Für die Gemeinde Wangerland beklagte Dietrich Gabbey seit Aufspülung des Voslapper Grodens 50 m Strandverluste; die Gutachter-Prognosen aus den 70er Jahren haben sich als falsch erwiesen. Sein Bürgermeister Martin Gramberger wurde drastischer: Wenn der Untersuchungsrahmen an der Wilhelmshavener Stadtgrenze endete, sei das die Planung eines "JadeWeserPort auf dem Mond", und wenn nicht alle betrachteten Schutzgüter über die Stadtgrenze hinaus betrachtet würden, werde sich die Gemeinde Wangerland "rechtlichen Schutz suchen".

Vertreter der Stadt Varel und der Gemeinde Jade vermissten die Untersuchung der zusätzlichen Verkehrsströme auf Schienen bzw. Straßen (prognostizierte 880 LKW täglich) in ihrem Gemeindegebiet. Schall-, Licht- und Luftbelastung sollen nach den vorgelegten Karten nur für den direkten Umkreis der Hafenfläche bis maximal Voslapp erfasst werden.

Besonders deutlich wurde die für viele Anwesende fragwürdige, subjektive Festsetzung des Untersuchungsgebietes am Beispiel Lichtmissionen. Hier wird auf der Karte vom Deich aus ein Halbkreis auf die Jade hinaus gezogen, binnenseits sind jedoch nur der Voslapper Groden und die Siedlung Voslapp abgedeckt. Beim geplanten 3-Schichten-Betrieb wird das Gelände rund um die Uhr beleuchtet sein. Ein Teilnehmer fragte, ob man Scheinwerfer konstruieren wolle, die nur in eine Richtung strahlen können. Würde man nach Westen einen Halbkreis im gleichen Radius legen, wären mindestens auch Sengwarden, Fedderwardergroden und Rüstersiel betroffen.

Unlogisch erschien es den geladenen Fachleuten auch, dass nur die Auswirkungen auf die Fischereiwirtschaft (die u.a. durch mehrere Anwälte eine starke Lobby hat) für den gesamten Jadebusen untersucht werden sollen. Die Untersuchungen von Pflanzen und Biotopen, Fischen und Bodenlebewesen, Rast- und Gastvögeln sollen hingegen auf Flächen im unmittelbaren Umfeld des Containerterminals beschränkt bleiben.

Der angrenzende Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer ist bei der EU als besonderes Schutzgebiet registriert (Vogelschutzgebiet sowie Schutzgebiet nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie - FFH). Nach Bundesnaturschutzgesetz muss deshalb für die vom Vorhaben betroffenen Bereiche eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Abschließend wurde den Teilnehmern eine Nachüberungsfrist bis zum 30. April eingeräumt. Diese Frist ist jedoch nicht rechtsverbindlich (s. Kasten) für die Einwender, die auch im späteren Planfeststellungsverfahren noch Anregungen und Bedenken zum Untersuchungsrahmen äußern können. □

Schulterschluss ade?

Das Scoping zum Jadeweserport verlief atmosphärisch überwiegend ruhig, inhaltlich bot es bereits einen Vorgesmack auf lange und konträre Auseinandersetzungen im Planfeststellungsverfahren. Die Kritik der Umweltverbände stand zu erwarten; der Missmut der kommunalen Nachbarn passte jedoch weniger ins Konzept.

Seit Beginn der öffentlichen Kampagne wurde mit den wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrtswirkungen für die ganze Region geworben. Um Akzeptanz zu erreichen, wurde stets mit einer Kaje von der Geniusbank bis nach Hooksiel argumentiert, deren Betriebsamkeit weit ins Hinterland ausstrahlen soll. Wilhelmshavens Nachbarn - Landkreise und Gemeinden - sollten und wollten ihr Stück vom großen Kuchen abhaben und teilten die Begeisterung.

Jetzt wurde ihnen deutlich, dass sie bei den unbequemen Seiten des Projekts auch nur unbequeme Anhängsel sind. Auf den Karten zum Untersuchungsrahmen für umweltbezogene Auswirkungen - die auch das Schutzgut Mensch einschließen - sind die Hoheitsgebiete der Anliegergemeinden quasi weiße Flecken. Zusätzliche Belastungen z. B. durch Verkehr, Lärm und Licht sind Beeinträchtigungen des sozialen und - für die Tourismusgemeinden - auch des wirtschaftlichen Lebensraumes, was der Wilhelmshavener Hafenlobby zumindest in diesem ersten Bauabschnitt scheinbar egal ist. Dass die Nachbarn darüber sauer sind und den Schulterschluss lockern, ist nicht verwunderlich.

Absicht oder Panne

rätselt der Chefredakteur der Wilhelmshavener Zeitung Jürgen Westerhoff am 25. April über das Verhalten des niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling unter der 6-spaltigen (!) Überschrift "Warum das Dessert plötzlich nicht munden wollte". Dieser hatte in seinem Vortrag auf dem Hannover-Treffen der Strukturkonferenz Ost-Friesland auch über Küsten- und Hafenentwicklung gesprochen und dabei den Zorn des Chefredakteurs erregt: "Wer allerdings geglaubt hatte, es gebe vielleicht auch eine Stellungnahme zum zentralen Zukunftsprojekt JadeWeserPort, erlebte eine Enttäuschung. Die Worte Tiefwasserhafen und Wilhelmshaven kamen nicht über seine Lippen. Lag es daran, dass einigen Gästen aus Wilhelmshaven die Rote Grütze zum Dessert nicht richtig munden wollte? - Es blieb ein fader Nachgeschmack und die Frage, ob's eine Panne oder vielleicht Absicht war."

Dabei war der Minister erst kurz zuvor in Wilhelmshaven gewesen und hatte der WZ den Aufmacher am 11.04.02 auf Seite 1 geliefert: JadeWeserPort hat als Landesthema hohe Priorität. Wird das beliebte WZ-Fach JadeWeserPort-Astrologie, das sich einzig um die Endlosgeschichte 'Hamburg: Dabei/nicht dabei' dreht, jetzt um die Frage 'Hannover: Foul oder Fair' erweitert?

Nun weiß Minister Bartling - wie jeder Prominente, der die Jadestadt besucht - dass er für den obligatorischen Pressetermin auf seinem Waschtzettel unter 'Sonstiges' auch ein positives Statement zum JadeWeserPort vermerken muss. Heiner Bartling hat damit die Chance vertan, auch am 25. April den Aufmacher für die WZ liefern - wie es übrigens jeder Vorsitzende eines Kaninchenzüchter- oder sonstigen Vereins auf die Seite 1 der WZ schafft, wenn er sich nur für den JadeWeserPort ausspricht.

Denn solche Promi-Äußerungen sind die Hauptwaffe der WZ im Meinungskampf um den JadeWeserPort. Und die Moral von der Geschicht? Wer an seine Aufmacher zum JadeWeserPort selber glaubt, schmort bald im eigenen Saft. Deshalb nie vergessen: Die Aufmacher sind lediglich den Prominenten aus dem Mund gesogen. (Ma/hk)

Ausgewogene Strukturen

Was läuft in Sachen 'Soziale Stadt'? Ein Gespräch mit dem Quartiersmanager Thorsten Stahlhut

(hk) Sein Büro ist irgendwo im letzten Winkel des Gebäudes der Wohnungsbaugesellschaft Jade in der Lessingstraße zu finden, und es macht nicht gerade den Eindruck, als ob hier jemand sitzt, der maßgeblich mit dafür sorgen muss, dass in den nächsten 5 Jahren ca. 6 Millionen Euro an die richtige Adresse gelangen. Nicht einmal über einen eigenen Fax-Anschluss, geschweige denn über eine E-Mail-Adresse kann der Quartiersmanager für die westliche Südstadt verfügen. Das wird sich ändern, so Thorsten Stahlhut zum Gegenwind, wenn erst einmal das Stadtteilbüro fertig ist.

Zur Person:

Thorsten Stahlhut (35 Jahre), gebürtiger Wilhelmshavener, schloss sein Studium (Geografie und politische Wissenschaften mit dem Schwerpunkt Stadtentwicklung) als Magister Artium ab. Seine Magisterarbeit schrieb er über Wilhelmshaven - Öffentliches Image und Stadtwahrnehmung der Bevölkerung. Seit Januar 2002 ist Thorsten Stahlhut im Rahmen des Förderprogramms "Soziale Stadt" als Quartiersmanager für die westliche Südstadt tätig und beim Sanierungsträger, der Wohnungsbaugesellschaft Jade, angestellt.

Gegenwind: Wie sind sie auf die Idee gekommen, sich als Quartiersmanager zu bewerben?

Stahlhut: Die Funktion des Quartiersmanagers ist mir schon bei der Stellensuche 1999/2000 aufgefallen. In der "Zeit" hatte ich einen Artikel "Quartiersmanager - neues Berufsbild" gelesen, und so bin ich in Kontakt mit diesem Beruf gekommen. Als in Wilhelmshaven dann die westliche Südstadt in das Förderprogramm aufgenommen wurde, habe ich auf die Stellenausschreibung gewartet und mich im August letzten Jahres beworben.

Sie wollten also ganz bewusst diesen Job haben?

Das war schon bewusst und nicht etwa eine Notlösung.

Sie sind Angestellter der Wohnungsbaugesellschaft Jade?

Ich bin jetzt bei der Jade angestellt. Die Jade ist ja für die Stadt als Sanierungsträger tätig.

Ist das üblich, dass der Quartiersmanager beim Sanierungsträger angestellt ist? Wäre da nicht eine gewisse Ferne angesagt?

Ich arbeite inhaltlich autark, das ist mir zugesichert worden.

Und da gibt es keine Interessenkonflikte? Ich kann mir vorstellen, dass die WoBau im Sanierungsgebiet andere Interessen verfolgt als die inhaltliche Realisierung des Sozialen Stadt-Gedankens.

Das sehe ich nicht so, zumal die Jade ja im Sanierungsgebiet keine Bestände hat, die da zum Interessenkonflikt führen könnten. Wenn Fgrodien zum Sanierungsgebiet geworden wäre, dann könnte es da durchaus zu Konflikten kommen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Jade dort auch Sanierungsträger geworden wäre.

Vor einem halben Jahr haben wir mit dem Stadtplanungsamt gesprochen. Ich zitiere deren Einschätzung der Qualifikation des Quartiersmanagers: Er muss in allen Bereichen fit sein: Finanzen, Verwaltung, soziale Kompetenz, organisatorisches Geschick, Koordination der unterschied-

lichsten Interessengruppen oder auf den Punkt gebracht eine erlernde Wollmilchsau. Sind sie das?

Dieser Begriff ist ja inzwischen gängig und wurde im Zusammenhang mit meiner Stellung auch schon häufiger benutzt. Ja, das ist so. Man muss ein guter Generalist sein. Es gibt sicherlich niemanden, der in allen Bereichen alles weiß. Aber der Quartiersmanager muss einen guten Gesamtüberblick über die ganzen Bereiche haben, die Sie eben genannt haben. Überblick haben und auch schnell etwas einschätzen können.

Bei aller Kompetenz - sind Sie auch auf die im Stadtteil aktiven Interessengruppen angewiesen?

Keine Frage. Das Quartiersmanagement, das ist ja nicht nur der Quartiersmanager alleine - da gehört ja auch noch der Stadtteilbeirat zu - das sind ja auch noch mal 35 Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wie läuft das denn da im Beirat ab - ziehen da alle an einem Strang, oder versucht jede Gruppe, ihre eigenen Interessen durchzusetzen?

Im Moment ist es so, dass man sehr viel Elan hat, und von einem Gegeneinander habe ich da noch nichts bemerkt.

Sind sie schon einmal an die Bürger herangetreten? Wurden schon mal Informationen für die Bewohner verteilt?

Wir sind ja noch in der Startphase. Ich habe ja erst im Januar angefangen - und seit diesem Zeitpunkt läuft das Projekt auch erst. In

der Zeit habe ich sehr viele Kontakte geknüpft, mich überall vorgestellt und ich musste mich ja auch noch in die Thematik einarbeiten.

Ein Großteil der BürgerInnen im Sanierungsgebiet ist nicht in irgendwelchen Vereinen aktiv - man schottet sich da gern etwas ab. Wie kommen Sie an diese Leute heran - damit die überhaupt wissen, dass da etwas auf sie zukommt. Der Absatz in einem Artikel der WZ, ich zitiere: "Die Einwohner sind ausdrücklich zur Mitarbeit aufgefordert, schließlich ist die Beteiligung der Bürger Bestandteil des Programms 'Soziale Stadt'. ... Zur Zeit sei er im Hauptverwaltungsgelände der Wohnungsbaugesellschaft Jade in der Lessingstraße erreichbar", reicht sicher nicht aus, um die Bürger zur Mitarbeit zu gewinnen.

Konkret ist von mir geplant, dass ich eine Bewohnerbefragung durchführen werde - es sind schon einige Aktivitäten geplant - ich bitte da um Nachsicht, wenn ich die nicht näher ausführe - da ist alles noch in der Schwebe - um an die Bürger heranzukommen. Da sind Aktionen wie "Ihre Meinung ist uns wichtig", weitere Pressearbeit und auch direkt projektorientiert die Einbeziehung der betroffenen Bürger. Da wird sich im Stadtteilbeirat sicher noch das ein oder andere ergeben.

Bald werden Sie sicherlich umziehen - in den Pavillon der AWO in der Blumenstraße.

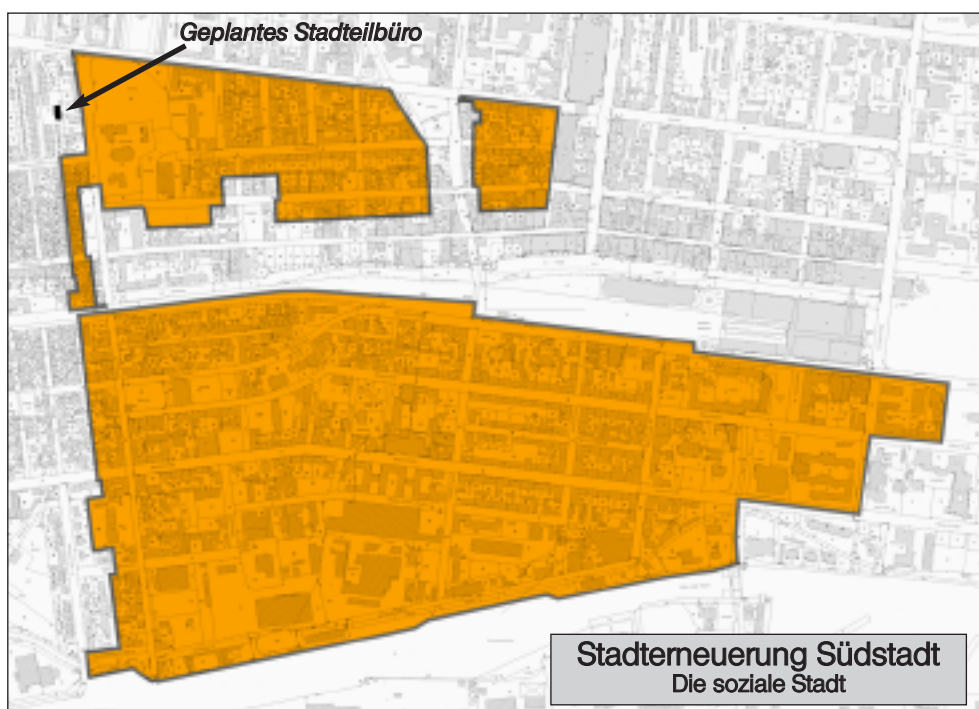
Darüber muss der Rat der Stadt noch entscheiden.

Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass der AWO-Pavillon ihr Domizil als Quartiersmanager wird, und der AWO-Pavillon liegt bekannterweise ja nicht im Sanierungsgebiet. Ist das ein Problem?

Zunächst einmal: Der AWO-Pavillon liegt nicht weit außerhalb des Sanierungsgebietes. Es wurden ja auch Alternativen geprüft.

Leerstand gibt es doch genug im Sanierungsgebiet...

... ja gut. Aber so ein Stadtteilbüro muss auch einige Voraussetzungen erfüllen - da müssen der Stadtteilbeirat und die Arbeitsgruppen tagen können. Baurechtlich muss gewährleistet sein, dass da Toiletten nach Geschlechtern getrennt vorhanden sind, dass Stellplätze



Stadterneuerung Südstadt
Die soziale Stadt

FairMarkt

Wilhelmshavener helfen e.V.

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88

Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 14 Uhr

Möbellager

im Textilhof Ulmenstraße

Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

ze für Autos vorhanden sind usw. Und da sieht es in der westlichen Südstadt schon problematisch aus. Man kann da nicht einfach nur eine Wohnung anmieten. Insofern ist die Blumenstraße momentan die beste Möglichkeit.

Welche Probleme werden Sie als erstes angehen? Wo brennt's am meisten?

Es hat ja die vorbereitende Untersuchung gegeben. (Siehe Gegenwind 167, April 2001-red) Dort sind einige Sanierungsziele benannt worden. Wir müssen zusammen mit dem Beirat diskutieren, wo wir konkret anfangen.

Es gibt bis jetzt noch keine Projekte, die schon unter Federführung des Programms "Soziale Stadt" laufen?

Es gibt vom BKA ein Projekt, das befasst sich mit der Kfz-Pflege, und zum anderen ein Projekt, das sich mit dem Internet-Handel befasst - die tragen schon den Stempel der Sozialen Stadt. Es gibt noch weitere konkrete Projekte - aber da sind wir noch in der Prüfungsphase.

Was sind denn nun die Hauptprobleme in dem Gebiet?

Also, was als Sanierungsziele in der Untersuchung genannt wurde, war zum einen die Verbesserung des Wohnungsbestands und des Wohnumfeldes...

...kann ich jetzt als bspw. Besitzer eines Mietshauses zu Ihnen kommen und sagen, dass ich mein Haus sanieren möchte, und dann bekomme ich Geld dafür?

Ganz so einfach geht's nicht.

Werden überhaupt Einzelmaßnahmen gefördert?

Es soll nicht das Gießkannenprinzip angewandt werden, sondern es sollen Schwerpunkte gebildet werden. Die Schwerpunkte werden zusammen mit dem Stadtteilbeirat erarbeitet...

Schickeria in die Südstadt?

Also Förderung zusammenhängender Bereiche - z.B. die Admiral-Klatt-Straße mit ihren Industriebrachen, dem Schlachthof usw.

Wichtig ist ja auch, dass die Bewohner des Stadtteils hinterher sehen, das da etwas geschieht. Wohnumfeldverbesserung, das kann z.B. die Gestaltung des öffentlichen Raumes sein, aber auch die Entkernung von Blöcken, also Gestaltung von Hinterhöfen.

In einem Artikel der WHV&FRI-Aktuell vom 9. März war etwas zu Ihrer Einschätzung der Arbeit zu lesen. Ich zitiere: "Es gibt dort ein sehr vielfältiges, und somit auch für unterschiedliche Gruppen

pen attraktives Wohnungsangebot. Ein weiterer Pluspunkt für diesen Stadtteil ist seine zentrale Lage. Innerhalb kürzester Zeit komme man sowohl in die Innenstadt als auch zum Wasser." Das klingt so, als würden Sie den Charakter des Gebietes verändern wollen - Schickeria rein. Dabei geht es doch darum, innerhalb der bestehenden Konfliktfelder Lösungen zu finden und nicht durch solche Maßnahmen den Miet- und Grundstückspreis nach oben zu bringen.

Ziel der sozialen Stadt ist es sicherlich nicht, eine 'Schickeria' in die Südstadt zu ziehen. Ziel ist es, dort zu einer gewissen Durchmischung zu kommen, so dass man ausgewogene soziale Strukturen bekommt.

Wenn ich das Wort Sanierung höre, dann heißt das für mich, dass dann die Mieten steigen, die Grundstückspreise klettern, und dass die BürgerInnen, für die die Sanierung gemacht werden soll, dabei hinten runter fallen.

Das soll nicht der Fall sein. Ich möchte keine Sanierung à la Docklands in London oder wie in Berlin-Kreuzberg machen, wo von den alten Strukturen nichts mehr vorzufinden ist. Da werde ich gegensteuern. Man muss 'selbsttragende Strukturen' schaffen, ein soziales Leben in Gang bringen, Nachbarschaften aktivieren - die im Stadtteil vorhandenen Potenziale aktivieren!

Spielt in diesen Überlegungen das Stadtteilhaus eine Rolle?

Was mit dem Stadtteilhaus ist, das muss im Beirat noch erörtert werden. Der Beirat wird am 6. Juni wieder tagen. Dort wird natürlich auch die Frage Stadtteilhaus Ja oder Nein erörtert werden. Ich bin da auch so ein bisschen das ausführende Organ des Stadtteilbeirates, ich will hier nicht der große Entscheider sein. Ich werde den Stadtteilbeirat bei allen Sachen mit einbeziehen.

Aber Sie haben den Job ja auch, um Fachwissen reinzubringen. Es geht ja nicht einfach um eine Sanierung - es geht ja um das Konzept "Soziale Stadt". Und es müsste doch ihre Aufgabe sein, hier zu den Sanierungswünschen die soziale Komponente hinzuzufügen.

Das ist richtig, dafür bin ich angestellt worden. Aber die Entscheidungen fallen in einem relativ offenen Prozess. Ich habe natürlich schon meine Vorstellungen, nur wenn ich vorpresche und sage: Das und das und das ist notwendig, dann würde ich andere Leute übergehen, und das passt nicht in das Konzept der Sozialen Stadt.

Wird es denn eine brauchbare Planungsgrundlage für den Bereich geben - wo jeder Bürger sehen kann, was in seinem Stadtteil passiert? Oder wird das Ganze ein Gewurschtel, in dem man das Konzept nicht mehr erkennt?

Nein. Das soll's nicht sein. Grundlage ist ja das sogenannte "Integrative Handlungskonzept". Das meint einfach, dass man bei diesem Programm Soziale Stadt nicht einfach nur sagt "Okay, wir machen die Fassaden neu, bauen die Straßen aus und am Ende sind alle Probleme beseitigt." Das Integrative Handlungskonzept besagt, dass man diese Sanierung von verschiedenen Seiten angeht, die Probleme von verschiedenen Seiten beleuchtet. Dafür gibt es im Stadtteilbeirat Arbeitsgruppen - dort werden Ziele formuliert, und daraus entstehen letztendlich die Projekte.

Was für Arbeitsgruppen gibt es oder wird es geben?

Wohnen und Wohnumfeld, Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung, Sozialplanung und Kultur, Kommunikation und Integration - es können sich natürlich auch noch zu anderen Themen Arbeitsgruppen bilden, das ist ein offener Prozess.

Wie laufen die Entscheidungen ab?

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden im Stadtteilbeirat vorgestellt und diskutiert. Daraus werden die Zielvorstellungen und ein Handlungskonzept entwickelt. Dann werden die Projekte wasserdicht gemacht und die Fördermittel dafür beantragt.

Was ist mit dem Banter Markt? Sollte der nicht schon längst umgestaltet sein?

Der Banter Markt ist natürlich ein möglicher Schwerpunkt, doch auch da muss erst einmal ein vernünftiges Nutzungskonzept erstellt und im Beirat diskutiert werden. Mir liegt ein solches konkretes Konzept noch nicht vor.

Wie sieht der zeitliche und finanzielle Rahmen aus?

Das Projekt ist auf fünf Jahre festgelegt. Vorgesehen sind für die Dauer des Programms 6 Millionen Euro, die sich aus verschiedenen Töpfen speisen: Europäischer Strukturfond, Städtebauförderung, Wohnungsbauförderung, europäischer Sozialfond, Programme des Bundesministeriums für Jugend und Familie.

Und Ihre Aufgabe wird dann sein, die einzelnen Projekte zu bewerten und zuzusehen, aus welchem Topf dafür Fördermittel bereitgestellt werden könnten und die entsprechenden Anträge zu stellen?

Ja. Das ist wird eine meiner Hauptaufgaben werden.

Was gibt es für Erfahrungen aus anderen Städten? Funktioniert der Gedanke, der hinter dem Förderprogramm "Soziale Stadt" steht?

Es gibt natürlich die unterschiedlichsten Erfahrungen, es gibt Städte, wo dieser Prozess stockt, aber es gibt hauptsächlich gute Erfahrungen.

Wir danken Ihnen für das Gespräch. □

Soziale Stadt im Internet

<http://www.sozialestadt.de>
<http://www.lts-nds.de>

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
 Herward Meier
 Legasthenietherapie
 Lese-/Rechtschreibtraining
 Diagnose und Beratung
 Auskunft und Anmeldung
 04421 - 99 64 70

Revolution ist schön, macht aber viel Arbeit

Das neue Jugendparlament hat sich konstituiert

(iz) Am 17. April fanden sich die 11 gewählten Mitglieder des Jugendparlaments im Ratssaal zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Nachdem Stefan Schimming in geheimer Wahl zum Vorsitzenden gewählt worden war, nahm er den Platz des Oberbürgermeisters ein, der bis dahin die Zusammenkunft geleitet hatte.

Eingangs hatte Oberbürgermeister Menzel den jungen PolitikerInnen seine Gratulation und Dank für ihr Engagement ausgesprochen und aufmunternde Worte mit auf den Weg in die 5jährige Amtszeit gegeben. Er erinnerte sich an den Beginn seiner eigenen politischen Karriere: *„Die Welt zu versetzen und Revolution zu machen, ist nicht einfach.“*

Menzel verdeutlichte den Nachwuchsparlamentariern, dass sie nicht nur einen Sitz im Jugendhilfeausschuss haben, sondern an den Sitzungen aller 15 Ratsausschüsse teilnehmen, dabei mitdiskutieren und Anträge und Beratungspunkte einbringen können.

Schimming leitete dann zunehmend souverän die Wahlen für seine StellvertreterInnen. Es wurden jeweils mehrere KandidatInnen benannt und ohne Enthaltungen mehrheitlich einzeln und geheim gewählt. Schimming hatte 8 der 11 Stimmen erhalten, 1. Stellvertreterin wurde Maite Knopp mit 6 und 2. Stellvertreter Christian Zuther mit 4 Stimmen. In offener Wahl wurden Tobias Schadewaldt und Denis Hübner als Pressesprecher des Parlaments gewählt.

Außer Menzel nahmen nur Brigitte Fiedler, langjähriges Mitglied des Jugendhilfeausschusses, Jugendamtsleiter Klaus Jürjens, Verwaltungsmitarbeiter Rainer Päsler (Protokoll) und der ehemalige Vorsitzende des bisherigen Jugendparlaments Christoph Prinz an dieser ersten Sitzung teil. Aus beruflichen Gründen stark verspätet, aber jedenfalls deutlich interessiert kam noch Karl-Josef Dellwo als Vertreter der WALLI (Wilhelmshavener Alternative Liste) hinzu. Die Presse war (außer uns) nicht zugegen, allerdings fand andernorts zeitgleich die absehbar brisante Schulausschuss-Sitzung statt, in der es um die Schließung der Schule Coldewey ging - eine andere, weniger optimistische Facette des Themas „Kinder und Jugendliche in Wilhelmshaven“.

Frau Fiedler gab den Jugendlichen mit auf den Weg, „nicht zu verschmähen, was da ist“, es gäbe viel Positives, das sie kritisch

betrachten sollten und modifizieren könnten - und sie sollten vorsichtig sein mit den „Ratschlägen von Lobbyvertretern“.

Menzel und Schimming dankten Christoph Prinz und seinen Mistreibern im ehemaligen Jugendparlament (darunter auch der am 11.4. tödlich verunglückte Hendrik Janßen) für ihre langjährige Vorarbeit und die Unterstützung auf dem schwierigen Weg zum neuen Parlament. Hatten sich 1996 noch 38% der wahlberechtigten Jugendlichen beteiligt, sind es diesmal gerade 11% gewesen. Dazu haben sich die „Neuen“ auf einer (noch von Prinz & Co.) organisierten Tour nach Syke schon einige Gedanken gemacht. Um organisatorische Umstände für die schwache Beteiligung zukünftig auszuschließen, möchten sie die Wahlordnung in einigen Punkten ändern: Das Wahlalter soll auf 13-18 Jahre erweitert werden. Wahlort sollen die Schulen sein, der Wahltermin auf eine Woche (während der Schulzeit) verlängert werden und für trotzdem Verhinderte Briefwahl möglich sein. Auch ein Sitz im Wahlausschuss wird gefordert. Mittelsfahr soll in den Wahlbereich einbezogen werden. In der guten alten Tradition des Grünen Rotationsprinzips soll der Vorstand jährlich neu gewählt werden.

Auch konkrete Projekte sind bereits in Arbeit. So soll im Maadebogen verstärkt Jugendarbeit geleistet werden. Unter anderem sollen Treffs errichtet werden, damit Jugendliche nicht die Spielplätze „besetzen“; ggf. lässt sich auch ein Jugendcafé realisieren.

Bei der Umsetzung der Idee für besondere Bustarife für Jugendliche stießen die JungpolitikerInnen bereits auf erste Verhandlungsprobleme mit den Stadtwerken. Fortführen wollen sie das Projekt „Wall Fame“, d. h. die Freigabe z. B. von Bunkerflächen für Graffiti-Kunst. Menzel hakte ein: Kein Problem bei Bunkern in städtischem Besitz - die meisten gehören allerdings dem Bund, er sagte jedoch seine Unterstützung bei Verhandlungen mit dem Bundesvermögensamt zu.

Anlässlich des spontanen „Überschwangs“ („der Bund wird schon nichts dagegen haben“) erinnerte der OB die jungen Leute daran, dass ihr neues Amt auch mit Pflichten wie Amtsverschwiegenheit, Treuepflicht und Mitwirkungsgebot verbunden ist, und bat sie, die hierzu ausgehändigten Informationsblätter genau zu studieren.

Das Jugendparlament bekommt einen großen eigenen Büroraum in der Freizeitstätte Krähenbusch, der laut Herrn Jürjens ab sofort bezugsfrei ist.

Das Jugendparlament tritt an jedem 3. Donnerstag im Monat (das nächste Mal am 16. Mai) zu seiner offiziellen Sitzung zusammen, in der Regel um 16 Uhr, im Wechsel in verschiedenen Jugendeinrichtungen. Termin, Ort und Tagesordnung werden in der Presse bekanntgegeben.

Kontakt: jupa-whv@web.de.



Alle Macht den Verbrauchern - Die Agrarwende ist möglich

Dr. Franz Alt aus Baden-Baden zu Gast im Bürgerhaus Schortens

Kein Berufsstand wurde von der Politik so hoch subventioniert und zugleich so in die Irre geführt wie die Landwirte. 50 Prozent des gesamten EU-Haushalts sind heute Subventionen für die Landwirtschaft. Erst wurde die Überschussproduktion subventioniert und dann deren Vernichtung. Und schließlich - damit der Wahnsinn, der zum Rinderwahnsinn führte, komplett ist - bekommen die Bauern noch Geld für die Flächenstilllegung. Seit 1950 erlebte Europa aber auch das größte Bauernsterben der Geschichte - zugleich wurden der Boden, das Wasser, die Luft und die Tiere in einer Weise traktiert, dass es zur Katastrophe kommen musste. Wenn aber Bauern sterben, stirbt das Land.

Die BSE-Krise erweist sich als „Tschernobyl“ der Europäischen Landwirtschaftspolitik. „Schluss mit den Agrarfabriken“ fordert der Kanzler. 20 Prozent Okobauern will die Verbraucherschutzministerin Renate Künast.



Geht das ? Und wie geht das?

Die komplette Umstellung der Agrarproduktion auf Ökolandbau ist möglich, belegt Dr. Franz Alt, Fernsehmoderator, Autor und Zeitkritiker. Engagiert geht er gegen überholte Mythen an:

1. **Mythos: Ökolebensmittel sind zu teuer in der Produktion**
2. **Mythos: Ökolebensmittel sind zu teuer für den Verbraucher**
3. **Mythos: Ökolandwirtschaft kann nicht alle ernähren**
4. **Mythos: Gegen Hunger helfen nur Agrarchemie und Gentechnik**

Auf Einladung der Schortenser Tiereschutzlehrerin Roswitha Wein kommt Dr. Alt am 29. Mai um 20.00 Uhr ins Schortenser Bürgerhaus. Er hält einen Vortrag zum Thema „Agrarwende jetzt - Gesunde Lebensmittel für alle“, dem sich - nach Bedarf - eine Diskussion anschließen wird. Der Eintritt wird 2,50 Euro betragen.



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Big Brother Awards für Otto-Katalog

Rolf Gössner referierte über Otto Schilys "Anti-Terrorpakete"

(iz) Mitte April war der wohl bundesweit führende Experte im Bereich "Bürgerrechte und deren Gefährdung" in Wilhelmshaven zu Gast. Knapp 30 Interessierte waren der Einladung des Antifaschistischen Bündnisses zu der Veranstaltung im Rahmen der Reihe "Beiträge zur politischen Bildung" ins Gewerkschaftshaus gefolgt. Das zurückhaltende Interesse ist nicht lokaler Natur. Konnte Gössner Anfang des Jahres, als das Gesetzespaket in Kraft trat, an anderen Zielen seiner Vortragsreise noch bis zu 600 Gäste begrüßen, schlugen mittlerweile auch andernorts kollektive Verdrängung und Gewöhnung durch.

Bei den Beratungen zum ersten "Otto-Katalog" war Gössner noch als Berater des Bundestags tätig; beim zweiten Paket verzichtete er, um sich nicht nötigen zu lassen, 150 Seiten in wenigen Tagen analysieren und bewerten zu müssen. Das hat er, mit einem größeren Zeitrahmen und anderer Zielsetzung, mittlerweile getan. Mit dem Ergebnis: Für die BürgerInnen ist seit Verabschiedung der Gesetze "nichts mehr wie zuvor".

Schily, ehemals grüner Politiker und Strafverteidiger von Mitgliedern der Rote Armee Fraktion, hat nach eigenen Worten ein "epochales Gesetzeswerk" geschaffen. Dieser inhaltlich wertfreien Aussage kann man sich als Kritiker/in durchaus anschließen: Es sind die umfangreichsten Sicherheitsgesetze deutscher Rechtsgeschichte, die von Dekreten der Kaiser, Führer oder den Notstandsgesetzen der 60er nicht zu toppen sind. So wurde die Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei, die nach Erfahrungen der Gestapo-Zeit wohlweislich eingeführt wurde, von Schily aufgehoben. Die grundsätzliche Unschuldsvermutung gegenüber dem Bürger wurde zugunsten einer verdachtsunabhängigen Schleierfahndung aufgehoben (der Bürger muss nachweisen, dass er unschuldig ist) - im Ergebnis, so Gössner, ein "nicht erklärter Ausnahmezustand".

Gössner umriss die sechs wesentlichsten Folgen der neuen Rechtslage:

1. Stigmatisierung von Migrantinnen

Ausländische Mitbürger/innen stehen unter Generalverdacht und unterliegen einer Sonderbehandlung. Die Weitergabe an Verfolgerstaaten (wo ihnen ggf. Folter oder Hinrichtung droht) ist nicht ausgeschlossen. Das Verbot von ausländischen Vereinen wurde erleichtert.

2. Boom für Geheimdienste und Freibrief für den Verfassungsschutz

Von allen Bürger/innen können ohne richterliche Anordnung Bewegungsprofile erstellt werden. Unternehmen z. B. der Telekommunikation, der Reisebranche und des Bankwesens unterliegen der Mitwirkungspflicht gegenüber der Polizei.

3. "Aus dem Leben eines Taugenichts"

Alle in lebens- oder sicherheitsrelevanten Bereichen tätigen Personen (Energieversorgung, Gesundheitswesen, Rundfunk und Fernsehen) werden routinemäßig überprüft, ggf. auch deren Familien und soziales Umfeld. Gössner zitierte aus Personendossiers des niedersächsischen Verfassungsschutzes, die u. a. Konsum- und Sexualverhalten der betroffenen Personen zum Inhalt haben. Wortwahl und Schlussfolgerungen wären als Satire zum Brüllen komisch: "*Person X ist als Taugenichts zu bezeichnen*"; "*er ist Karl-May-Leser*" (bei Karl Marx wäre das Sicherheitsrisiko für die Herrschenden noch nachvollziehbar - red); "*er leidet unter Furunkeln - das liegt wohl an dem dicken Blut*". Doch sie sind Realität und damit alles andere als komisch. Sie können zu Nichteinstellungen, Versetzungen und Kündigungen führen; die Informanten hingegen ("IM West") bleiben anonym und ungeschoren. In dieser Frage vermisst Gössner den Protest der Gewerkschaften.

4. Grandiose Misstrauenserklärung gegenüber den Bürgern

Neue Personalausweise werden ein so genanntes biometrisches Merkmal enthalten, z. B. Fingerabdruck oder Gesichtsgeometrie. Dazu Ottos Motto: Der Datenschutz sei bislang ohnehin übertrieben worden, und in Spanien sei es seit langem üblich, den Fingerabdruck zu speichern. Dabei erwähnt Schily nicht, seit wann: Der Fingerabdruck ist ein Relikt aus der Zeit des faschistischen Regimes in Spanien.

Eine Gruppe unabhängiger Kritiker hat Schily dafür die "Big Brother Awards" verliehen. Schily war nicht anwesend - aber Gössner: Er hielt die Laudatio.

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,65 %** bei
100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,80 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

5. Weltpolizei Deutschland

1998 verfügte die EU, dass jeder Mitgliedsstaat kriminelle bzw. terroristische Aktivitäten von Bürger/innen eines anderen Mitgliedsstaates auch auf seinem Territorium verfolgen müsse. Deutschland hat nun die Nase vorn mit einem Entwurf für einen Paragraphen 129 b im Strafgesetzbuch. Die weltweite Ausdehnung dieser Rechtssetzung ist nicht auszuschließen. Damit kann ein anderer Staat die Bundesrepublik zwingen, eine aus deutscher Sicht legitime Widerstandsbewegung zu verfolgen. Ein Beispiel: Wäre Nelson Mandela, ehe er im südafrikanischen Knast landete, nach Deutschland geflüchtet, hätte er auch hier im Gefängnis landen können.

6. Ende der Versammlungsfreiheit?

Nach der EU-Terrorismusdefinition sind zukünftig auch Protestveranstaltungen wie z. B. in Genua ("urban violence") zu verfolgen. Auch Greenpeace-Aktionen oder Castor-Blockaden stehen mehr denn je auf dem Prüfstand. Nach Protesten von Bürgerbewegungen enthält die Präambel jetzt den Passus, die Versammlungsfreiheit dürfe nicht geschmälert werden. Papier ist geduldig. □

"War denn alles umsonst?"

Schilys Gesetze bekräftigen die Erfahrung, dass Terror den Staat stärkt. Sie sind kein neues Kapitel deutscher Geschichte, sondern die Fortsetzung einer langen Entwicklung. Die Anhäufung von Regelungen, die die Rechte der Bürger/innen bis hin zu grundgesetzlich verankerten Freiheiten beschränken, verleihen dem "Otto-Katalog" allerdings eine neue Qualität. Derweil werden die Betroffenen immer stummer. Noch Anfang der achtziger Jahre konnte die Welle von Protesten und Boykotts die Volkszählung kippen. Noch frischer ist die Erinnerung an die Zeit, als das ganze Volk eines deutschen Staates diesen zum Einsturz brachte. Ehemalige DDR-Bürgerrechtler/innen sind bestürzt: "Wir haben damals Kopf und Kragen riskiert, um ein totalitäres Regime zu stürzen. War denn alles umsonst?"

Imke Zwoch



Wat is ne Verein?

Da stelle mer uns janz domm...

(red) ...und schauen im Lexikon nach: "Verbindung von Personen zu gemeinsamer Beschäftigung auf geselligem, sportl., künstler., wirtschaftl. o. ä. Gebiet..." (Wahrig Deutsches Wörterbuch). Klar? Äh, nicht immer!

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir unter dem Titel "Big Brother is watching you" über Auseinandersetzungen im "Verein zur Förderung der internationalen Jugendarbeit e.V." "Wilhelmshaven & Friesland AKTUELL" hat das Thema aufgegriffen und noch ausführlicher als wir berichtet und zwei Interviews, eines mit der 2. Vorsitzenden Inge Gorath und dem Schriftführer Hermann Werle, und eines mit Albert Friedel, dem 1. Vorsitzenden, geführt.

Man könnte den Eindruck bekommen, dass es sich um die in Vereinen immer mal wieder vorkommenden Querelen handelt. Vereine, so denkt man, sind Betätigungsfelder für "Vereinsmeier", die sich gerne wichtig tun, und deshalb Brutstätten für Eifersüchteleien und Mobbing.

Werle und Gorath geben in ihrem Gespräch mit Stefan Becker von der "AKTUELL" einen Hinweis darauf, dass es in diesem Verein nicht (nur) darum geht: *"Werle: ... Mittlerweile weiß ich, dass nur ein Alibi-Vorstand benötigt wurde! Gorath: Herr Friedel sagte, ich bräuchte ohnehin nur meine Unterschrift erhalten. ..."*

In den letzten Jahren wurden in Wilhelmshaven mehrere Vereine gegründet, in denen es keineswegs um die "gemeinsame Beschäftigung" auf diesem oder jenem Gebiet ging, sondern darum, Aufgaben der Stadt aus dem Etat der Stadt auszugliedern. Die Idee ist: Eine Kommune hat eine Aufgabe im sozialen, jugendpflegerischen, kulturellen oder sonst irgendeinem Bereich. Diese Aufgabe kostet richtiges Geld. Die Kommune hat aber wenig Geld zur Verfügung. (Man erinnere sich: Wilhelmshaven hatte einige Jahre lang so wenig Geld, dass nicht einmal ein genehmigungsfähiger Haushalt möglich war.) Wenn man nun einen Verein gründet, der diese Aufgabe übernimmt, tun sich andere Geldquellen auf.

So wurde z.B. in den 90er Jahren der Verein zur Förderung der Jugendgerichtshilfe gegründet. Es ist eine kleine Gemeinschaft mit gerade mal der Mindestanzahl von Mitgliedern, und es wird keine Aktivität von den Mitgliedern erwartet - es geht nur darum, als Verein Spenden und Geldbußen annehmen zu können, mit denen die (eigentlich kommunale, nun aber Vereins-) Aufgabe finanziert werden kann. Damit die Stadt die Aufsicht behielt, übernahm ein städtischer Be-

diensteter den Posten des 1. Vorsitzenden, der die Geschäfte des Vereins während seiner Arbeitszeit bei der Stadt führen konnte.

Vermutlich sind auch Vereine wie die Musikinitiative und der Wendepunkt auf dieser Grundlage und mit diesem Hintergrund gegründet worden. Solange die nur auf dem Papier (zur Erfüllung der Bestimmungen des Vereinsrechts) erforderlichen anderen Vorstandsmitglieder die Füße stillhalten, funktioniert so ein "Verein" reibungslos, erfüllt eine wichtige öffentliche Aufgabe und entlastet den kommunalen Haushalt. Und der "Alibi-Vorstand", wie Hermann Werle es nennt, hält die Füße still, wenn er zum einen von vorn herein weiß, wozu er da ist, und zum anderen der 1. Vorsitzende alles richtig macht.

Nur auf dem Papier

Zurück zum "Verein zur Förderung der internationalen Jugendarbeit": Er wurde gegründet, um den Jugendtreff "Point" weiter betreiben zu können, der aufgrund der engen Finanzen der Stadt geschlossen worden war. Die "W&F AKTUELL" schätzt ein: *"Abgesehen von den nicht mehr anfallenden Telefonkosten entstanden der Stadt auf diese Weise die gleichen Kosten wie bisher."* Das stimmt wohl nicht ganz. Als städtischer Jugendtreff würde das Point wohl nicht immer wieder ABM- und SAM-Beschäftigte bekommen; dem Verein entstehen die Personalkosten nicht, die die Stadt als Trägerin des Point zu tragen hätte. Und wenn eine städtische Mitarbeiterin durch die Geschäfte laufen und um Spenden für die Einrichtung bitten würde, hätte sie wohl kaum den Erfolg, den Inge Gorath als 2. Vorsitzende eines (vermeintlich) gemeinnützigen Vereins hatte.

Es war wohl ein taktischer Fehler, Frau Gorath und Herrn Werle damals keinen reinen Wein einzuschenken und ihnen nicht klar zu sagen, dass sie nur für das Papier beim Amtsgericht benötigt wurden, ansonsten aber Herrn Friedel als städtischen Bediensteten alleine muddeln lassen sollten. Wenn man zwei sozial interessierte und engagierte Leute erst einmal auf so eine Aufgabe ansetzt, dann wollen sie sie auch erledigen, erst recht dann, wenn der 1. Vorsitzende diese Arbeit nicht so gut macht wie seine "Alibi-Vorstände". □

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Veranstaltungen im Mai:

Drehlampen basteln

(siehe Muster im MüZe)

15 Euro Materialkosten bitte bei der Anmeldung mitbringen
10. Mai 14.00 - 17.00 Uhr

Muttertag

Wir lassen uns von den Vätern mit einem Brunch verwöhnen!

5 Euro incl. Getränke
12. Mai 9.30 - 13.00 Uhr

„Toleranz und Rassismus“

Über die Situation an unseren Schulen diskutieren LehrerInnen und SchülerInnen

Eine Veranstaltung von W.O.M.A.N.
23. Mai 19.30 Uhr

Die Tagesmütterinitiative stellt sich vor

Was ist Tagespflege?

Wie werde ich Tagesmutter? Wie bekomme ich eine Tagesmutter?
27. Mai 20.00 Uhr

Garagenflohmarkt

Verkauft werden: „Maxi-Cosi“, Kinderwagen, Baby- und Kinderbedarf, Spielzeug, Geschirr, Bücher usw.
29. Mai 10.00 - 12.00 Uhr

Café MüZe + Secondhandladen

Mo. - Fr. 9.30 - 17.00 Uhr
Sonntag 9.30 - 12.30 Uhr

Treffpunkt Bauchladen
Beratung und Hilfestellung bei Schwangerschaft und Geburt
Dienstags 9.30 - 11.30 Uhr

Kreatives Gestalten
Montag 15.00 - 17.00 Uhr
Dienstag 20.00 - 22.00 Uhr

Jonathan  Naturkost

Alt und neu:
Wir sind umgezogen, haben
das Sortiment erweitert und die Öffnungszeiten geändert.
Ansonsten bleibt alles beim alten.

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel. + Fax: 04421/13438
Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00 - 18.30 Uhr, Sa 9.00-13.00 Uhr

Ratssplitter

April 2002

Entzogen

wurde Stadtrat Jens Graul die Zuständigkeit für die Wilhelmshaven Projekt GmbH und gleichzeitig der Sitz in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke. Einstimmig. Niemand wollte eine "Generaldebatte" über die Zukunft der WPG. CDU-Fraktionschef Reuter kritisierte jedoch erneut die "Zwei-Klassen-Gesellschaft" hinsichtlich des Informationsflusses zu den Ratsmitgliedern: Die gut informierte Mehrheitsfraktion auf der einen, die übrigen Ratsmitglieder auf der anderen Seite. Am 20.3. hatte die CDU für die 18. Kalenderwoche eine Sondersitzung beantragt und bis dato keine Rückmeldung erhalten. Von Grauls Rücktritt aus dem WPG-Aufsichtsrat erfuhr die Opposition "im Wesentlichen aus der WZ". Man müsse sich nicht wundern, so Reuter, wenn die Betroffenen sich bei solchem Gebaren an Presse und Kommunalaufsicht wenden.

FDP-Ratsherr von Teichman hätte gern vom Oberstadtdirektor eine Stellungnahme zu den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit gehört; der ließ sich wegen eines anderweitigen wichtigen Termins entschuldigen. Von Teichman wunderte, dass es zu Grauls Rückzug ebenso wenig eine offizielle Begründung gibt wie zuvor zum raschen Abgang von WPG-Geschäftsführer Martin Linne oder Küstenmuseums-Managerin Beate Bollmann. Zudem kritisierte er, dass im Aufsichtsrat der Projekt GmbH eine Firma vertreten ist, die gleichzeitig Immobilien an die WPG vermietet (Anm. d. Red.: Gemeint ist die Immobilienfirma von Bodo Behnke).

SPD-Chef Neumann widersprach von Teichmans These einer "zweijährigen WPG-Dauerkrise". Einziger Grund für die Finanzprobleme der GmbH sei die Expo gewesen, die der Stadt aber einen großen Imagegewinn beschert hätte (nur wo?, fragte die Opposition - überregional bekannt seien vor allem die Schulden der Stadt bekannt geworden). Ratsherr Biester (CDU) sah das Problem in der Ballung von Aufgaben, die der WPG sukzessive zugewiesen wurden.

Stadtkämmerer Frank warf von Teichman und Biester "politische Spekulationen" vor. Unsere Frage: Was bleibt ihnen denn anderes übrig, wenn sie tatsächlich keine fundierten Informationen bekommen?

Nächste Frage: Geht es jetzt ad hoc aufwärts mit der WPG, nur weil man Jens Graul gegen seinen Kollegen Jens Stoffers ausgetauscht hat? Nichts gegen Stoffers, der stets einen kompetenten Eindruck macht. Nur: Was nützt es, eine Person wegzukicken, wenn das ganze System WPG marode ist? Bei aller Kritik, die sich Graul in dieser Schlüsselposition gefallen lassen musste: Der plötzlich so dringliche Dezernentenaustausch wirkt wie eine Opferung in der Hoffnung, damit auf einen Schlag eine Menge WPG-Altlasten abzuschütteln. Wir wünschen Graul, dass er es auch genießen kann, den Dauerfettnapf WPG los zu sein; und Jens Stoffers, dass er sich nicht verheizen lässt, um am Ende das nächste Bauernopfer zu sein. (iz)

Schöner wohnen

Die AIDS-Hilfe hat neue Räumlichkeiten bezogen

(noa) Mit ihrem Umzug in die Paul-Hug-Straße 19, die ehemalige Geschäftsstelle von RAN und WIWA, hat sich die Wilhelmshavener AIDS-Hilfe sehr verbessert. Nicht größer, aber heller, freundlicher, gepflegter wirken die neuen Räumlichkeiten.

Zwar ist es erst etwas über ein Jahr her, dass die alten Räume gründlich aufgeräumt und renoviert wurden. Danach sah es schon besser aus als zuvor, doch erinnerte der offene Bereich immer noch an eine 70er-Jahre-Kneipe. Vor allem aber war es dort feucht. Als Geschäftsführerin Susanne Ratzer auf einer Veranstaltung erfuhr, dass RAN und WIWA umziehen würden, stand sie da gleich am nächsten Tag auf der Matte, um die Räume zu übernehmen.

Sie entsprechen der Arbeitsweise der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe besser als der alte Laden, der mehr nach Treffpunkt als nach Beratungsstelle aussah. Zwar gibt es hier kein Schaufenster, doch das ist kein Mangel, da die Öffentlichkeitsarbeit anders läuft. Seit klar war, dass man umziehen würde, wurden die alten Folder nur noch ganz zurückhaltend verteilt, und jetzt sollen neue hergestellt werden, und ein anderes wichtiges Mittel der Öffentlichkeitsarbeit ist die Homepage.

Unter den DrogenbenutzerInnen, die zum Spritzentausch zur AIDS-Hilfe kommen, hat sich die Adressänderung schnell rumgesprochen. Für sie und alle anderen, die kommen, ist es angenehmer, am Haus vorbei über einen Garagenhof die Beratungsstelle zu erreichen, als für jeden Beobachter als "so jemand" erkennbar zu sein.

In unserem Artikel in der Ausgabe 165 (Februar 2001) über den konzeptionellen Neuanfang der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe berichteten wir, dass Susanne Ratzer zunächst einen "schwulen Schwerpunkt" gesetzt hatte. Damals traf sich im offenen Bereich der Beratungsstelle regelmäßig die schwul-lesbische Jugendgruppe "Gummibärchen", die sich mittlerweile mangels Masse leider aufgelöst hat. Das "Café Condom" findet aber auch in den neuen Räumen zur gewohnten Zeit statt. Die damalige Ankündigung, sich in der nächsten Zeit wieder mehr den DrogenbenutzerInnen zuzuwenden, wurde eingehalten. Über den Spritzentausch hinaus, den ein Mitarbeiter auf einer SAM-Stelle vornimmt, nehmen sie auch das Beratungsangebot in Anspruch.

Erfreut ist Frau Ratzer über die gestiegene Spendenfreudigkeit der Bevölkerung. Mit den eigenen Mitteln (zum größten Teil Landesmittel, zu einem ganz geringen Teil Vereinsbeiträge) allein lässt sich die Arbeit nur schwer zureichend leisten. Da ist ein Scheck über 400 EURO, die ein Grundausbildungslehrgang der VHS gesammelt hat, ein sehr willkommener warmer Regen.

Ein neues Thema hat im Lauf des letzten Jahres für die Wilhelmshavener AIDS-Hilfe an Bedeutung gewonnen, nämlich die Beratung von MigrantInnen. Infizierte Einwanderer aus Afrika nehmen die Hilfe der Beratungsstelle meist nicht unmittelbar, sondern über ihre eigenen Beratungsstellen in Anspruch. Das ist aber durchaus sinnvoll für die AIDS-Hilfe, die sich nicht unbedingt nur als Beratungsstelle für die Betroffenen, sondern auch als zuständig für die Beratung von Multiplikatoren betrachtet.

Wilhelmshavener AIDS-Hilfe e.V.

Paul-Hug-Straße 60
Telefon Büro: 04421/21149
Telefon Beratung: 04421/19411

Homepage:
<http://wilhelmshaven.aidshilfe.de>
email: whv.aids-hilfe@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag, Freitag 10 bis 14 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 14 bis 18 Uhr

Treffen im offenen Bereich der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe:

Café Condom, das schwul-lesbische Café, am 2. Sonntag im Monat um 15 Uhr
Café Regenbogen-Gruppe am Meer, das schwul-lesbische Café, am 4. Sonntag im Monat um 15 Uhr

Und ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der letzten Zeit war die Beratung von Menschen, die mit HIV-Positiven arbeiten. "Wir haben festgestellt, dass sogar Pflegekräfte nicht richtig über die Infektionswege informiert sind. Da gibt es noch viel Aufklärungsbedarf", sagt Susanne Ratzer. So hat sie schon einige Vorträge und Fortbildungen für Pflegendе gehalten.

Schade findet man es bei der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe, dass Infizierte in ihrem Einzugsbereich es nicht wagen (können), sich zu "outen". Es ist halt doch ein wenig provinziell hier, und wer seinen Nachbarn sagt, dass er HIV-positiv ist, läuft Gefahr, binnen kurzer Zeit seine sozialen Bezüge zu verlieren. Deshalb sind die Mitarbeiter auch bereit, sich an anderen Orten als der Beratungsstelle mit Betroffenen zu verabreden, und sie können für Betroffene und Angehörige den Kontakt zu Selbsthilfegruppen und Betroffenen-Netzwerken herstellen. □



Immer wieder Maaß -

oder: Zum siebten Mal

(red) Wenn es um den Job eines MdB ging, fetzten sich bei den letzten Bundestagswahlen Männlein und Weiblein der SPD ziemlich heftig. Wie es dabei zur Sache ging, haben wir im "Gegenwind" in unseren letzten Ausgaben etwas aufgehell.

Bei der CDU dagegen geht es bei der Kandidatenfindung für den Bundestag immer zu wie in der Geschichte vom Wettlauf zwischen Hase und Igel. Meint ein neuer Bewerber ums Amt, das angepeilte Ziel schon erreicht zu haben, steht dort schon Igel Erich Maaß und verkündet: "Ick sün'n all da." Und dieses Spielchen klappte bei ihm immer wieder.

Eigentlich hätte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Maaß schon längst auf seinen parlamentarischen Ruhestand vorbereiten sollen. Denn am 25. September 1998 - also 2 Tage vor der letzten Bundestagswahl - war in der Wilhelmshavener Zeitung zu lesen: *"Für den CDU-Abgeordneten Erich Maaß geht jetzt der letzte Wahlkampf zu Ende."* Und weiter: *"Maaß ... hat bereits vor Monaten mitgeteilt, dass er bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten werde."*

Nun will er doch noch einmal ran. Da traue noch einer einem Politikerwort.

Aber Maaß wäre kein Politiker, hätte er nicht auch gleich eine Erklärung für sein Trachten parat. "Schuld daran" sei sein Landeschef, Manfred Carstens. Der habe *"ihn ausdrücklich gebeten, noch einmal zu kandidieren"*. Bei der vor einigen Wochen durchgeführten Kandidatenkür versuchte Maaß den Delegierten dann auch noch glaubhaft zu machen, dass er auch deshalb doch noch einmal antreten wolle, *"um den Wahlkreis 27"* (der alte Wahlkreis 21 wurde umbesetzt und um die Orte Varel, Bockhorn und Zetel erweitert) dieses Mal *"direkt zu holen"*.

Die Leserinnen und Leser der WZ hätten eigentlich schon vor der Delegiertenversammlung zumindest ahnen können, dass Erich Maaß nochmals antritt. Immer wenn sich der CDU-Abgeordnete mehr als einmal im Monat im Blatt zu Wort meldete, stand nicht nur bald eine Bundestagswahl ins Haus, sondern er meldete auch seine Kandidatur an. In der Zeit zwischen den Wahlen war von unserem CDU-Volksvertreter herzlich wenig zu hören und zu sehen.

Selbst eifrige Fernsehgucker, die bei "PHOENIX" alle Bundestagsdebatten am Bildschirm mitverfolgen können, haben in all den Jahren meist vergeblich Ausschau nach dem ergrauten Lockenköpfchen in den Reihen der CDU-Abgeordneten im Plenum gehalten. Am Rednerpult hat man ihn nie gesehen. Entdecken konnten sie ihn nur bei wichtigen bzw. namentlichen Abstimmungen.

Was ist eigentlich dran an diesem Mann, der für unsere Region seit 1980 im Bundestag sitzt? Er hat noch nie das Direktmandat im Wahlkreis 21 erringen können, sondern ist immer nur über die Landesliste zu einem Parlamentssitz gekommen. Doch oder grade weil er nie - wie die SPD-Politiker Dr. Ehrenberg und Iwersen als direkt Gewählte - einen Wahlkreis betreuen musste, hätte man von ihm erwarten können, dass er sich besonders intensiv um unsere Region kümmern würde.

Doch davon hat das Wahlvolk kaum etwas bemerkt.

Weshalb nur hat die Niedersachsen-CDU den 1944 in Wien geborenen Diplomkaufmann immer wieder auf einen sicheren Platz auf die Landesliste gesetzt? Seine Wahlergebnisse waren eher mäßig. So verlor er von 1994 bis 1998 über 6.000 Erststimmen (1994: 49.988 = 41,06 % - 1998: 43.755 = 35,27 %), während seine Gegenkandidatin Iwersen in diesem Zeitraum kräftig an Erststimmen zulegen (1994: 58.187 = 47,79 % - 1998: 66.125 = 53,8 %).

Zugegeben; die CDU hat sich schon immer schwergetan, in der Küstenregion ein Bein an Deck zu bekommen. Felix von Eckhardt war 1965 der letzte direkt gewählte CDU-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Wilhelmshaven/Friesland. Vor ihm hat nur Vizeadmiral a.D. Helmuth Heye (CDU) als direkt Gewählter zwei Legislaturperioden lang (1953 bis 1961) für unseren Wahlkreis im Bundestag gesessen. Sonst waren es seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer nur Sozialdemokraten, die das Direktmandat errangen. Weshalb aber dann immer wieder Maaß?

Der Nordsee-Robin-Hood

Vielleicht, weil er damals 1980 - vornehmlich als Lobbyist der AEG-Telefunken - ins Parlament einzog, wie der "Spiegel" in seiner Ausgabe Nr. 8/84 zu berichten wusste? Ist er vielleicht gerade wegen "seiner Beziehungen" für den Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Christian Wulff, und für den Landesvorsitzenden Manfred Carstens (Ems-tek) der unumstritten beste CDU-Repräsentant für unsere Region? Oder ist er einfach nur der große Taktierer und clevere Kungler?

In seinem Kreisverband, dem er lange Jahre vorgestanden hat, herrschte er bis zu seiner Amtsaufgabe wie weiland Helmut Kohl. Und bei seinem selbstherrlichem Tun standen ihm besonders seine friesischen Freunde treu zur Seite. Auf die konnte er sich stets verlassen. *"Erich Maaß ist nicht nur ein normaler Abgeordneter. Er erfüllt in Bonn Aufgaben, die auch für unsere Region wichtig sind"*, so wertete damals vor seiner Kandidatur 1998 ein friesischer CDU-Parteifunktionär lobend seine Arbeit. Der Parteisoldat in der CDU sah das ganz anders. *"Fehlt nur noch, dass sie 'unsere' Spitzenkandidaten als selbstlosen, aufopferungsbereiten und idealistischen Kämpfer für die Unterprivilegierten verkaufen wollen: so eine Art Nordsee-Robin Hood"*,

schreibt dieser in einem Leserbrief.

Alle Parteifreunde, die im Kreisverband während seiner Herrschaft schon mal den Mund aufmachten oder Maaß gar kritisierten, wurden von ihm öffentlich abgewatscht und meist dann auf Dauer auch kaltgestellt. Davon kann - um nur einen zu nennen - Rolf Rütters, "der König von Voslapp", ein besonders Lied singen. Dachten Parteifreunde auch mal laut über einen Generationswechsel nach, stießen sie bei "Locken-Erich" nur auf taube Ohren. Brachte ihn vielleicht auch diese spezielle Art zu "regieren" immer wieder in den Bundestag?

Fragen über Fragen!

Und eine letzte Frage - und die soll hier gleich beantwortet werden. Weshalb hat die Gruppe in der Wilhelmshavener CDU, die allzu gern Maaß vorzeitig aufs Altenteil geschickt hätte, nicht versucht, einen geeigneten Gegenkandidaten aufzustellen? Antwort: Sie hat! Aber immer erfolglos.

Als Dr. jur. Hans-Joachim Gottschalk, der reichlich politische Erfahrungen für ein Bundestagsmandat hätte vorweisen können (u.a. Staatssekretär im Magdeburger Bauministerium) einmal versuchte, gegen Maaß anzutreten, stempelten ihn die Funktionäre in Friesland und Wittmund schon gleich beim Start *"als einen Störenfried ab, der schon allein mit seiner Kandidatur dem Erscheinungsbild der CDU schade"*. Maaß selbst qualifizierte seinen Mitbewerber *"als einen Mann der verpassten Chancen und Möglichkeiten"* ab.

Fazit: Maaß blieb einziger Kandidat und zog wiederum in den Bundestag ein.

Jetzt - vor der Bundestagswahl im September 2002 - traute sich doch mal wieder einer. Der 53-jährige Hans-Werner Kammer aus Zetel stellte sich den Delegierten als "Maaß-Nachfolger" vor. Doch auch dieses Mal klappte es wieder für Maaß mit den Nachbarn aus Friesland. Mit ihrer Hilfe und damit 33 Stimmen für ihn, war "er wieder drin".

Ob er es aber - wie von ihm angepeilt - bei seinem siebenten Anlauf am 22. September 2002 schafft, den Wahlkreis 27 direkt zu holen, darf angezweifelt werden. Selbst wenn er jetzt "mit einer Neuen", der Sozialdemokratin Karin Evers-Meyer, um das Direktmandat kämpfen muss. Gelingt es ihm dann wiederum nicht, so bringt ihn doch der sichere Listenplatz trotzdem wieder ins Parlament. □